



Sessionsrückschau Sommersession 2020 – Netzwerk Kinderrechte

In der Sommersession wurden zahlreiche Vorstösse behandelt, die die Kinderrechte betreffen:

Nach dem Ständerat hat auch der **Nationalrat** die Änderung des [Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus](#) gutgeheissen. Mit der geänderten Gesetzesvorlage soll die Polizei zusätzliche präventive Instrumente für den Umgang mit potentiellen terroristischen Gefährdern bekommen, darunter auch Massnahmen, die gegen Kinder verhängt werden können (Siehe dazu die Stellungnahme des [Netzwerks Kinderrechte Schweiz](#)). Insbesondere die Massnahmen gegen Kinder wurden vom links-grünen Lager abgelehnt. Nicht durchgesetzt hat sich im Nationalrat die Forderung seiner sicherheitspolitischen Kommission, die eine Präventivhaft beantragte. Ein Gutachten im Auftrag von Bund und Kantonen kam zum Schluss, dass die Präventivhaft gegen die Europäische Menschenrechtskonvention EMRK verstossen würde. Die Vorlage geht nun zurück an den Ständerat. Weiter stimmte der Nationalrat einer [Motion seiner Rechtskommission](#) zu, die das Ehefähigkeitsalter von 18 Jahren auch für ausländische Ehen anwenden will. Damit sollen Zwangsheiraten vorgebeugt und verhindert werden, die im Ausland zwischen Minderjährigen geschlossen wurden, in der Schweiz rechtens werden. Schliesslich folgte der Nationalrat dem Ständerat und beauftragt den Bundesrat mit einem [gesamtschweizerischen Monitoring der Armutssituation](#). Alle fünf Jahre soll daraus ein Bericht zuhanden der Bundesversammlung resultieren, der zur Prävention und Bekämpfung von Armut beitragen soll.

Der Bund soll die Kantone bei der frühen Förderung unterstützen. Dieser Meinung ist der Nationalrat und stimmt der parlamentarischen Initiative von Nationalrat Matthias Aebischer «[Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter](#)» zu. Diese verlangt, dass Angebote für Kinder bis vier Jahre in das bestehende Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) aufgenommen werden. Die nationalrätliche Bildungskommission hat dabei einen Vorschlag ausgearbeitet, der es dem Bund ermöglicht, Kantone mittels befristeten Anschubfinanzierungen im Bereich der frühkindlichen Förderung zu unterstützen. Die Vorlage geht nun in den Ständerat.

Nationalrat und **Ständerat** befassten sich während der Sommersession erneut mit der Volksinitiative «[Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt \(Konzernverantwortungsinitiative KOVI\)](#)». Nachdem der Nationalrat beim indirekten Gegenvorschlag lange an der Haftungsregel für Konzerne und deren Tochterfirmen für Schäden im Ausland festhielt, schwenkte er in der Einigungskonferenz noch auf das Konzept des Ständerats ein, welches nur eine Berichterstattungs- und Sorgfaltsprüfungspflicht in Sachen Kinderarbeit und Konfliktmineralien vorsieht. Die Volksinitiative lehnen beide Räte ab. Diese hat die Verankerung einer Sorgfaltsprüfungspflicht in der Schweizer Verfassung zum Ziel, damit Schweizer Konzerne gesetzlich verpflichtet sind, Kinder- und Menschenrechte sowie die Umwelt weltweit zu respektieren. Zudem sollen Konzerne für Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen im Ausland haften

Weiter stimmte der Ständerat der vereinfachten [Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister](#) zu. Betroffene Personen sollen künftig ihr eingetragenes Geschlecht und ihren Vornamen rasch und unbürokratisch ändern können. Dies gilt allerdings nur für Erwachsene, für Kinder werden die Hürden erhöht. Als nächstes wird sich der Nationalrat mit der Vorlage befassen. Schliesslich stimmte der Ständerat als Erstrat der [Legislaturplanung 2019-2023](#) des Bundesrates zu und beschloss gleichzeitig den Antrag der ständerätlichen Spezialkommission zu folgen und die Verabschiedung der Botschaft zur politischen Bildung der jungen Generation als weitere Massnahmen in die Legislaturplanung zu integrieren.

Hinzu kommen in beiden Räten verschiedene Geschäfte und weitere Vorstösse, die ebenfalls kinderrechtliche Aspekte aufweisen (vgl. ausführliche Rückschau unten). Die Debatten können in den Wortprotokollen des [Amtlichen Bulletins](#) nachgelesen werden.



Übersicht über die relevanten Geschäfte der Sommersession 2020

Geschäft des Bundesrates

18.043

Strafraahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht

Der Bundesrat will eine angemessene Sanktionierung von Straftaten ermöglichen und passt deshalb im Strafgesetzbuch den Strafraumen für verschiedene Delikte an. Im Vordergrund stehen dabei Gewalt- und Sexualdelikte, die oftmals an Frauen und Kindern begangen werden. Diese sollen künftig härter bestraft werden. Bei einer sexuellen Handlung mit einem Kind unter 12 Jahren, die nicht einer Vergewaltigung entspricht, wird eine Mindeststrafe von einem Jahr Freiheitsstrafe eingeführt, weil Kinder besonders schutzbedürftig sind. Bei einer Vergewaltigung gilt eine Mindeststrafe von zwei Jahren Freiheitsstrafe. Gleichzeitig stimmt der Bundesrat auch das Verhältnis der Strafraumen besser aufeinander ab. Der Ständerat befasst sich als Erstrat mit der Vorlage.

- Der Ständerat will die Strafen für gewisse Delikte verschärfen, entscheidet sich im Gegensatz zum Bundesrat dafür, keine Mindeststrafen vorzusehen. Die Anpassungen betreffen vor allem Randalierer, die bei Ausschreitungen Polizei, Sanität oder Feuerwehr angreifen. Ebenfalls angepasst wird der Strafraum für schwere Körperverletzungen oder gewerbsmässig begangene Vermögensdelikte. Die Revision des Sexualstrafrechts soll hingegen in einer separaten Vorlage behandelt werden.

Geschäft des Bundesrates

19.023

Ja zum Verhüllungsverbot. Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag

Die Initiative verlangt, dass überall in der Schweiz - im ganzen öffentlichen Raum und an allen Orten, die öffentlich zugänglich sind - niemand mehr sein Gesicht verhüllen darf. Ausnahmen sind ausschliesslich aus Gründen der Sicherheit, der Gesundheit, des Klimas und des einheimischen Brauchtums möglich und sollen auf Gesetzesstufe konkretisiert werden. Der Bundesrat lehnt dies ab, weil die Kantone wie bisher selbst über ein Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum entscheiden sollen. Er stellt der Initiative einen indirekten Gegenvorschlag gegenüber. Diese Regelung auf Gesetzesstufe ist eine gezielte Antwort auf die Probleme, die Gesichtsverhüllungen mit sich bringen können. So muss jemand sein Gesicht zeigen, wenn es für die Identifikation notwendig ist.

Dem indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Ja zu Verhüllungsverbot" haben beide Räte zugestimmt. Gegen die Volksinitiative haben sich bereits Ständerat und Bundesrat ausgesprochen.

- Nach Ständerat und Bundesrat empfiehlt auch der Nationalrat die Initiative mit 114 zu 76 Stimmen bei drei Enthaltungen zur Ablehnung. Mit einem Nein an der Urne träte der indirekte Gegenvorschlag in Kraft. Mit diesem würde der Gleichstellung der Frauen Rechnung getragen. Dafür sollen etwa das Ausländer- und Integrationsgesetz und das Gleichstellungsgesetz entsprechend ergänzt werden.

Geschäft des Bundesrates

19.032

Polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus. Bundesgesetz

Durch die Gesetzesvorlage soll die Polizei zusätzliche Instrumente für den Umgang mit terroristischen Gefährdern bekommen. Darunter fallen auch polizeilich-präventive Massnahmen, die auch gegen Kinder verhängt werden können. So kann die Polizei den präventiven Hausarrest gegen Jugendliche ab 15 Jahren und das Kontakt- und Rayonverbot gar gegenüber Kindern im Alter von 12 Jahren anordnen. Das Geschäft wird zusammen mit dem Geschäft "Terrorismus und organisierte Kriminalität" behandelt. Beide Geschäfte wurden während der Wintersession 2019 an die vorberatende Sicherheitspolitische Kommission zurückgewiesen sowie zusätzlich auch in der Rechtskommission traktandiert.



- Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat die Gesetzesänderung gutgeheissen. Dagegen war das links-grüne Lager, das insbesondere die möglichen Massnahmen gegen Kinder ablehnt. Die Vorlage geht nun wieder zurück an den Ständerat.

Geschäft des Bundesrates

19.072

Internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Bundesgesetz. Totalrevision

Der Bundesrat beantragt dem Parlament eine Totalrevision des Bundesgesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung. Das neue Gesetz erweitert den Handlungsspielraum und sichert die Grundlage, um die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung auch in Zukunft wirksam fördern zu können. Das totalrevidierte Bundesgesetz bildet eine gleichwertige Rechtsgrundlage sowohl für eine Assoziierung an EU-Bildungsprogramme als auch für die Umsetzung eigener Schweizer Förderprogramme.

- Internationale Austauschprogramme für Studierende, Schüler und Berufsleute sollen nicht mehr so stark wie bisher auf die EU fokussiert sein. Der Ständerat hat die vom Bundesrat vorgeschlagenen Gesetzesänderungen gutgeheissen. Die Regierung will im Gesetz verankern, dass neben der Assoziierung an internationale Förderprogramme gleichwertig auch Schweizer Programme umgesetzt werden können. Nach neuer Regelung soll die Regierung einer privatrechtlichen oder öffentlich-rechtlichen Institution Aufgaben übertragen können. Der Ständerat hat dazu im Gesetz ergänzt, dass das zuständige Staatssekretariat dieser Agentur auch die Vergabe von Beiträgen übertragen kann. Zudem sollen die Struktur und Rechtsform der Agentur genannt werden. Als nächstes berät der Nationalrat über die Totalrevision.

Geschäft des Bundesrates

19.078

Legislaturplanung 2019-2023

Der Bundesrat legt die politische Agenda für die Legislatur 2019-2023 vor. Er setzt auf Kontinuität und hält an den drei Hauptzielen der letzten Legislatur fest: Wohlstand, Zusammenhalt und Sicherheit. Die drei Leitlinien sind: 1. Die Schweiz sichert ihren Wohlstand nachhaltig und nutzt die Chancen der Digitalisierung. 2. Die Schweiz fördert den nationalen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit. 3. Die Schweiz sorgt für Sicherheit, engagiert sich für den Schutz des Klimas und agiert als verlässliche Partnerin in der Welt. Den drei Leitlinien sind 18 Legislaturziele und 53 Massnahmen zugeordnet. Kinderrechtlich relevant ist der Antrag der ständerätlichen Spezialkommission zum Leitziel 2. Sie fordert als Massnahme, die Verabschiedung der Botschaft zur politischen Bildung der jungen Generation zu ergänzen.

- Der Ständerat unterstützt die Legislaturplanung des Bundesrates und folgte dem Minderheitsantrag seiner Spezialkommission und ergänzte als Massnahme die Verabschiedung der Botschaft für die politische Bildung der jungen Generation sowie zusätzlich die Verabschiedung eines Aktionsplans für die Förderung der Mehrsprachigkeit und Unterricht in heimatlicher Sprache und Kultur.

Geschäft des Bundesrates

19.081

ZGB. Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister

Der Bundesrat will den spezifischen Bedürfnissen von Menschen mit Transidentität oder einer Variante der Geschlechtsentwicklung besser Rechnung tragen. Betroffene Personen sollen künftig ihr eingetragenes Geschlecht und ihren Vornamen mittels Erklärung gegenüber der Zivilstandsbeamtin oder dem Zivilstandsbeamten rasch und unbürokratisch ändern können. Minderjährige Personen benötigen die Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. Eine vorgängige medizinische Untersuchung oder



andere Vorbedingungen sind nicht notwendig. Heute müssen betroffene Menschen hohe Hürden überwinden und die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsänderung gerichtlich feststellen lassen. Die Verfahren sind oftmals langwierig und uneinheitlich, da keine klare gesetzliche Regelung besteht. Der Entwurf stellt die binäre Geschlechterordnung (männlich/weiblich) nicht in Frage; es wird keine dritte Geschlechtskategorie eingeführt. Der Bundesrat setzt sich gegenwärtig jedoch mit der Frage nach der Einführung eines dritten Geschlechts auseinander. Er erstellt in Erfüllung der Postulate 17.4121 und 17.4185 derzeit einen Bericht. Gemäss einer Studie des Schweizerischen Kompetenzzentrums für Menschenrechte (SKMR) werden pro Jahr in der Schweiz rund 20 - 100 Kinder geboren, deren Geschlecht nicht eindeutig bestimmt werden kann.

- Der Ständerat folgt der Vorlage des Bundesrates mit 31 zu 7 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Als nächstes wird der Nationalrat die Vorlage behandeln.

Parlamentarische Initiative

13.468

Ehe für alle

Die parlamentarische Initiative fordert den Gesetzgeber auf, alle rechtlich geregelten Lebensgemeinschaften für alle Paare zu öffnen, ungeachtet ihres Geschlechts oder ihrer sexuellen Orientierung. Auch gleichgeschlechtliche Paare sollten heiraten können, und ungleichgeschlechtliche Paare sollten (wie in Frankreich) eine eingetragene Partnerschaft begründen können. Der vorgeschlagene Artikel 14 Absatz 2 der Bundesverfassung hält dies fest.

Der Bundesrat will die heutige Ungleichbehandlung gleichgeschlechtlicher Paare beseitigen. Er unterstützt deshalb die Vorlage, welche die Rechtskommission des Nationalrats (RK-N) aufgrund dieser parlamentarischen Initiative ausgearbeitet hat.

- Homosexuelle Paare sollen in der Schweiz künftig die Ehe eingehen können. Alle Fraktionen mit Ausnahme der SVP sprachen sich für die Änderung des Eherechts aus. Gleichzeitig sprach er sich für den Zugang lesbischer Ehepaare zur Samenspende aus. Es handelte sich um den umstrittensten Punkt der Vorlage. Die Rechtskommission hatte beantragt, das Thema Samenspende in einer separaten Vorlage zu behandeln, um die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare nicht zu gefährden. Nun ist der Ständerat am Zug.

Parlamentarische Initiative Müller Philipp

16.403

Familiennachzug. Gleiche Regelung für Schutzbedürftige wie für vorläufig Aufgenommene

Die rechtlichen Grundlagen sind so zu ändern, dass der Familiennachzug von Schutzbedürftigen gemäss Artikel 4 des Asylgesetzes (AsylG) gleich geregelt wird wie bei vorläufig aufgenommenen Personen. Ein Hinderungsgrund, diesen Status unbürokratisch anwenden zu können, ist der umfangreiche Familiennachzug, welcher in jedem Fall zugestanden würde (siehe Stellungnahme des Bundesrates auf die Motion 15.3801). Daher erleichtert eine Angleichung der Regelung zum Familiennachzug für Schutzbedürftige an die Regelung bei vorläufig Aufgenommenen die Anwendung des S-Status. Durch diese Änderung würde keinem Asylsuchenden sein Recht auf Familiennachzug eingeschränkt. Die Staatspolitischen Kommissionen beider Räte haben der Initiative zugestimmt.

- Der Ständerat hiess am Donnerstag mit 26 zu 14 Stimmen die Anpassung des Asylgesetzes gut, die seine Staatspolitische Kommission (SPK) ausgearbeitet hatte. Eine Minderheit hatte nicht auf die Vorlage eintreten wollen. Etliche Kantone und auch das Uno-Flüchtlingswerk UNHCR lehnten diese Neuerung ab. Als nächstes wird der Nationalrat die Vorlage beraten.



Volksinitiative

17.060

Für verantwortungsvolle Unternehmen – zum Schutz von Mensch und Umwelt.

Die Initiative verlangt, dass Unternehmen mit Sitz, Hauptverwaltung oder Hauptniederlassung in der Schweiz verpflichtet werden, regelmässig eine Sorgfaltsprüfung zu den Auswirkungen ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit auf Menschenrechte und Umwelt durchzuführen. Über das Ergebnis dieser Prüfung sollen sie Bericht erstatten. Verletzt ein Schweizer Unternehmen Menschenrechte oder Umweltstandards, so soll es für den Schaden aufkommen, auch wenn dieser durch eine Tochtergesellschaft im Ausland verursacht worden ist. Der Bundesrat anerkennt zwar das Anliegen, will aber einen anderen Weg gehen und setzt auf ein international abgestimmtes Vorgehen und verweist auf bereits existierende Instrumente. Er beantragt dem Parlament daher, die Initiative ohne Gegenentwurf und ohne Gegenvorschlag zur Ablehnung zu empfehlen. Der Nationalrat hat sich für einen Gegenvorschlag ausgesprochen, der Ständerat hat sich jedoch dagegen entschieden.

- Nach einem längeren hin und her hat sich der Gegenvorschlag des Ständerats mit 28 zu 14 Stimmen bei 2 Enthaltungen in der Einigungskonferenz durchgesetzt. Die Nein-Stimmen kamen aus dem links-grünen Lager, sowie aus der Mitte-Fraktion. Der Nationalrat wollte erst einen schärfer formulierten Gegenvorschlag, stimmte dann aber der Variante des Ständerats zu. Der Gegenvorschlag bringt nun keine neuen Haftungsregeln, aber eine Berichterstattungspflicht und eine Sorgfaltsprüfungspflicht in Sachen Kinderarbeit und Konfliktmineralien. Die Initianten sprechen von einem «Alibi-Gegenvorschlag».

Parlamentarische Initiative Aebischer Matthias

17.412

Chancengerechtigkeit vor dem Kindergartenalter

Die Initiative verlangt, die Zielgruppe von Kindern von 0 bis 4 Jahren in das bestehende Kinder- und Jugendförderungsgesetz (KJFG) aufzunehmen. Die Kommission war der Initiative zuerst wohlgesinnt, jedoch gab es auch kritische Stimmen. Insbesondere bestand Unklarheit, welche Angebote im Vorschulbereich über das KJFG gefördert werden könnten. Zudem war unklar, ob die finanziellen Mittel des heute auf rund 10 Millionen Franken beschränkten KJFG-Fördertopfs ausgeweitet würden oder ob letztlich nur die Anzahl anspruchsberechtigter Akteure, nicht jedoch das zur Verfügung stehende Geld zunehmen würde. Vor diesem Hintergrund lehnte es die WBK-NR im Februar 2019 die Initiative knapp ab. April 2019 wurde dieser Entscheid revidiert und die WBK-NR sprach sich für eine Umsetzung aus. Die Kommission möchte nun, dass der Bund die Kantone mittels befristeten Anschubfinanzierungen im Bereich der frühkindlichen Förderung unterstützt (befristet auf 10 Jahre, pro Jahr können max. 4 Kantone Finanzhilfen in der Höhe von 100'000 CHF während drei Jahren beziehen).

- Der Nationalrat folgt mit 109 zu 75 Stimmen bei vier Enthaltungen dem Entwurf seiner Bildungskommission und lehnt den Minderheitenantrag ab, der mehr finanzielle Mittel für die Unterstützung der Kantone beantragte.

Motionen Munz, Wasserfallen, Gmür-Schönenberger, Kälin

18.3189, 18.3190,

18.3191, 18.3192

Finanzüberschüsse in die Bildung investieren!

Der Bundesrat wird beauftragt, die mit der BFI-Botschaft 2017-2020 verabschiedeten Finanzbeschlüsse in der vollen Höhe und ohne Kürzungen umzusetzen. Die Finanzbeschlüsse der BFI-Botschaft 2017-2020 sollen in den kommenden Budgetdebatten keinen Kürzungen unterworfen und die vorgenommenen Kürzungen der Vorjahre ausfinanziert werden. Im Vergleich zum Überschuss handelt es sich dabei um vergleichsweise tiefe Beträge. Bildung ist ein zentrales Gut und Kürzungen in diesem Bereich haben negative soziale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Auswirkungen mit hohen Folgekosten z. B. bei der Sozialhilfe.



Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der vier gleichlautenden Motionen.

- Alle vier Vorstösse wurden abgeschrieben, weil sie nicht innert zwei Jahren behandelt worden sind.

Motion Fraktion SVP

18.3421

Für eine kohärente Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers)

Der Bundesrat wird beauftragt, im Sinne einer kohärenten Praxis bei illegalen Einwanderern (Sans-Papiers), Massnahmen und Gesetzesanpassungen namentlich in folgenden Bereichen vorzuschlagen:

1. Rechtsansprüche auf und aus Sozialversicherungen (namentlich AHV und Krankenversicherung) sind auf Personen mit geregelter Aufenthaltsstatus zu beschränken. Vorbehalten bleiben Sozialversicherungsabkommen.
2. Verschärfung der Strafnormen für Arbeitgeber von illegalen Einwanderern, deren Arbeitsvermittler und Vermieter von Mietobjekten.
3. Sicherstellung des Datenaustausches zwischen staatlichen Stellen betreffend Personen ohne geregelten Aufenthaltsstatus (bspw. für Schulbesuche und individuelle Förderung).

Die Motion greift das Kernanliegen der zurückgezogenen Motion der SGK-NR [18.3005](#) auf.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion und will zuerst die Berichte im Zusammenhang mit dem überwiesenen Postulat 18.3381 "[Gesamthafte Prüfung der Problematik der Sans-Papiers](#)" abwarten.

- Der Vorstoss wurde abgeschrieben, weil er nicht innert zwei Jahren behandelt worden ist.

Motion Reynard Mathias

18.3489

Praktika. Den Status der Praktikantinnen und Praktikanten besser regeln und damit stärken

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Änderung des Arbeitsrechts vorzulegen, mit der die Praktika geregelt werden. Ihnen soll auf Bundesebene ein rechtlicher Rahmen gesetzt werden, namentlich was Dauer, Entschädigung und Ausbildung betrifft. Dabei soll differenziert werden zwischen verschiedenen Typen von Praktika (obligatorische Praktika im Rahmen einer Ausbildung, Praktika nach Abschluss einer Ausbildung). Relevant ist dies insbesondere für die Altersgruppe der 15- bis 24-jährigen Arbeitnehmenden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion.

- Der Vorstoss wurde abgeschrieben, weil er nicht innert zwei Jahren behandelt worden ist.

Motion CVP-Fraktion

18.3517

Impulsprogramm Digitalisierung an den Schulen

Der Bundesrat wird beauftragt, die nötigen gesetzlichen Grundlagen für ein Impulsprogramm auszuarbeiten, damit der Bund die Kantone und Gemeinden darin unterstützen kann, die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrpersonen auf Stufe der Sekundarschulen, Gymnasien und der Berufsbildung im Bereich der Digitalisierung zu stärken.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Er erachtet weder ein Impulsprogramm noch die Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen als notwendig und zielführend. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.

- Der Vorstoss wurde abgeschrieben, weil er nicht innert zwei Jahren behandelt worden ist.



Motion Bendahan Samuel

18.3570

Dem Missbrauch von geldspielähnlichen Mikrotransaktionen in Videospiele vorbeugen

Der Bundesrat wird beauftragt, eine Regelung der Verwendung von Mikrotransaktionen mit realem Geld in Videospiele vorzuschlagen, unabhängig davon, auf welcher Plattform solche Spiele stattfinden. Im Besonderen wird der Bundesrat beauftragt zu bestimmen, welche Arten von Mikrotransaktionen den Geldspielen ähnlich sind und als solche reguliert werden müssen, und damit den Schutz der Spielerinnen und Spieler, insbesondere Minderjähriger, zu garantieren.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Motion. Der Nationalrat behandelt die Vorlage als Erstrat.

- Der Vorstoss wurde abgeschrieben, weil er nicht innert zwei Jahren behandelt worden ist.

Motion Herzog Verena

18.3696

Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister. Orientierung an Fakten

Die Motionärin fordert den Bundesrat auf, sich bei der geplanten Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister) an folgenden Punkten orientieren: 1. Es sollen unterschiedliche Lösungsansätze infolge unterschiedlicher Bedürfnisse zwischen Transmenschen und Menschen mit einer Variante der Geschlechtsentwicklung ausgearbeitet werden. Zudem soll die Änderung im Personenstandsregister nur einmal möglich sein. 2. Um die Rechtssicherheit zu gewährleisten, muss sich die Änderung des Geschlechts so weit wie möglich an den biologischen und medizinischen Fakten und Realitäten orientieren. Um Beliebigkeit und Bürokratie zu verhindern, darf eine Änderung des Geschlechts im Personenstandsregister nicht nur gemäss dem persönlichen Empfinden erfolgen. Der Bundesrat lehnt die Motion ab. Der Nationalrat befasst sich als Erstrat damit.

- Die Motionärin hat den Vorstoss zurückgezogen

Motion Rytz Regula

19.3869

Breit angelegte Präventionskampagne gegen Sexismus

Der Bundesrat wird ersucht, eine Präventionskampagne gegen Sexismus durchzuführen. Die Kampagne soll sich über mehrere Jahre erstrecken und über verschiedene Kanäle (Social Media, Plakate, Inserate, Kinospots usw.) eine Breitenwirkung erzielen. Um die Kampagnenbotschaft zu multiplizieren, sollen zudem gezielte Kooperationen mit Partnerinnen und Partnern aus Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung und Kultur gesucht werden. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, wobei Umfang und Mittel der Kampagne noch definiert werden sollen.

- Der Nationalrat nimmt die Motion mit 100 zu 81 Stimmen bei 4 Enthaltungen an.

Motion WBK-SR

19.3953

Regelmässiges Monitoring der Armutssituation in der Schweiz

Der Bundesrat wird beauftragt, einen 5-jährigen Monitoring-Zyklus zur Prävention und Bekämpfung der Armut einzurichten. Das gesamtschweizerische Monitoring soll auf bestehende nationale und kantonale statistisch relevante Datenquellen beruhen und eine Auswertung von Armutsindikatoren beinhalten. Die Ergebnisse des Monitorings sollen der Bundesversammlung in Form eines alle 5 Jahre erstellten Berichts zur Kenntnisnahme vorgelegt werden.

Der Bundesrat beantragt die Ablehnung, der Ständerat hat der Motion jedoch bereits zugestimmt.

- Der Nationalrat stimmt der Motion mit 119 zu 53 Stimmen und bei 7 Enthaltungen zu.



Motion Barrile Angelo

19.4290

Medizinische Leistungen für alle Kinder!

Der Bundesrat wird beauftragt, Artikel 64a des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) so anzupassen, dass für Kinder und minderjährige Personen der Zugang zu medizinischen Leistungen gewährleistet bleibt, auch wenn ihre Eltern der Zahlungspflicht der Krankenkassenprämien nicht nachkommen.

Der Bundesrat empfiehlt die Annahme dieser Motion.

- Die Motion wurde aus Zeitgründen während der Sommersession noch nicht behandelt.

Motion RK-NR

20.3011

Kinder- und Minderjährigenehen nicht tolerieren

Der Bundesrat wird beauftragt, Art. 105 Ziff. 6 Zivilgesetzbuch (ZGB) wie folgt anzupassen: Art. 105 Ziff. 6 ZGB (neu): Ein Ungültigkeitsgrund liegt vor, wenn: Ziff. 6. zur Zeit der Eheschliessung einer der Ehegatten minderjährig war. Seit 2015 hat die Kinderheirat in Europa eine neue Dimension erreicht. Aufgrund der ansteigenden Zahlen haben verschiedene europäische Länder die Rechtslage angepasst. In der Schweiz gilt seit 1996 ohne Wenn und Aber 18 als das Ehefähigkeitsalter. Dies sollte auch auf die ausländischen Minderjährigenehen angewendet werden.

- Der Nationalrat stimmt der Motion mit 150 zu 4 Stimmen bei 6 Enthaltungen zu. Nun muss der Ständerat über die Motion befinden.

Postulat Marra Ada

18.3102

Das Thema Gleichberechtigung von Frauen und Männern an unseren Schulen

Der Bundesrat wird beauftragt zu untersuchen, wie das Thema der Gleichberechtigung von Frauen und Männern an den Schulen unseres Landes behandelt wird. Dabei ist besonders darauf zu achten, ob weibliche Figuren der Schweiz in den Vordergrund gestellt werden oder nicht und inwiefern die Frauenbewegungen aus der Geschichte unseres Landes behandelt werden. Der Bundesrat anerkennt das Anliegen des Postulats, die Forderung fällt jedoch in die Zuständigkeit der Kantone. Er beantragt die Ablehnung des Postulats.

- Der Vorstoss wurde abgeschrieben, weil er nicht innert zwei Jahren behandelt worden ist.

Postulat Masshardt Nadine

18.3103

Kindergutschrift statt Kinderabzug bei den Steuern

Der Bundesrat wird gebeten, zu prüfen und in einem Bericht aufzuzeigen, wie unser heutiges System mit steuerlichen Abzugsmöglichkeiten (Kinderabzüge) durch ein Kindergutschrift-System ersetzt werden könnte. Ziel ist, dass jede Familie, unabhängig von Lebensform und Einkommen, für jedes Kind eine Gutschrift erhält. Im Gegenzug sollen die heute geltenden Kinderabzüge gestrichen werden. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung der Vorlage.

- Der Vorstoss wurde abgeschrieben, weil er nicht innert zwei Jahren behandelt worden ist.



Postulat Grin Jean-Pierre

18.3275

Duale Bildung, Beratung der Lernenden. Lücken am Horizont?

Der Bundesrat wird beauftragt, einen Bericht auszuarbeiten, über die aktuelle Sachlage bezüglich der Beratung der Lernenden in der dualen beruflichen Grundbildung, ihrer Begleitung, der erfolgreichen Abschlüsse und der Abbrüche von Grundbildungen. Gemäss Postulant hat eine Studie des Bundesamtes für Statistik offengelegt, dass ein Viertel der Lernenden in der Schweiz ihren Lehrvertrag vorzeitig auflöst. Der hohe Anteil an Abbrüchen wirft einige Fragen nach den Gründen auf, weswegen Lehrverträge aufgelöst werden. Der Bericht soll auch klären, welche Massnahmen konkrete Lösungen liefern könnten, um die Jugendlichen dabei zu unterstützen, so früh wie möglich die Berufsbildung zu beginnen, die für sie geeignet ist. Der Bundesrat beantragt die Ablehnung des Postulats. er geht davon aus, dass der vom Postulanten geforderte Bericht nicht zu neuen Einsichten führen würde. Der Nationalrat behandelt den Vorstoss als Erstrat.

- Der Vorstoss wurde abgeschrieben, weil er nicht innert zwei Jahren behandelt worden ist.

Postulat Fehlmann Rielle Laurence

19.3554

Werbung und Adipositas. Wie effizient sind die Selbstregulierungsmassnahmen?

Der Bundesrat wird beauftragt, die Wirksamkeit der im Rahmen von Swiss Pledge getroffenen Massnahmen zu ermitteln und gegebenenfalls zusätzliche Massnahmen zu ergreifen, damit Kinder und Jugendliche weniger Werbung für Lebensmittel mit zu hohem Zuckerzusatz und Fettgehalt ausgesetzt werden. Die Selbstregulierungsmassnahmen der Initiative Swiss Pledge weist noch folgende Mängel auf:

1. Die Nährwertkriterien für die Lebensmittel, die beworben werden dürfen, sind immer noch ineffizient. Unabhängige Fachleute sollten deshalb präzise Kriterien ausarbeiten.
2. Die Zeitfenster, während denen einige Marken auf Werbung verzichten, decken sich nicht mit den Zeiten, in denen die Präsenz von Kindern stark ausgeprägt ist.
3. Die Auswirkungen von Swiss Pledge auf die von Kindern konsultierten Medien sollten jedes Jahr von unabhängigen Fachleuten überwacht werden.
4. Auch andere von Kindern und Jugendlichen genutzte Medien, unter anderem die elektronischen Medien, sollten auf die Einhaltung der Pflicht überwacht werden.
5. Falls durch die Selbstregulierung von Swiss Pledge weiterhin zu wenig Lebensmittelwerbung gedeckt wird, sollte der Staat andere Massnahmen entwickeln, um die Empfehlungen der WHO umzusetzen.

- Entgegen des Antrags des Bundesrates hat sich der Nationalrat mit 95 zu 88 Stimmen bei einer Enthaltung gegen die Annahme des Postulat ausgesprochen. Der Vorstoss ist somit erledigt

Standesinitiative SG

16.307

Änderung des Ausländergesetzes. Mehr Verbindlichkeit und Durchsetzung des geltenden Rechts bei Integration, Sozialhilfe, Schulpflichten und strafrechtlichen Massnahmen

Mit der Initiative will der Kanton St. Gallen, dass das Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer in dem Sinne verschärfe, als dass Aufenthalts- und Niederlassungsbewilligung an Nicht-EU-EFTA-Staatsangehörige direkt mit Integrationsvereinbarungen verknüpft und bei deren Nichteinhaltung gekündigt werden. Als wesentlich erachtet die Initiative, dass die lokale Rechtsordnung, die lokalen Wertvorstellungen akzeptiert und genügend Sprachkenntnisse ausgewiesen werden können. Verweigerung der Integrationsbemühungen sollen zum Widerruf der Bewilligung und zu rechtskräftigen Strafen führen. Dazu zählt auch die Missachtung von schulischen Pflichten der Erziehungspersonen. Der Ständerat und Nationalrat haben der Initiative Folge gegeben, die Staatspolitische Kommission des



Netzwerk **Kinderrechte** Schweiz
Réseau suisse des **droits de l'enfant**
Rete svizzera **diritti del bambino**
Child Rights Network Switzerland

Nationalrats beantragt mit 15 zu 10 Stimmen, die Standesinitiative abzuschreiben, weil sie deren Forderungen durch die 2016 und 2018 in Kraft getretenen Änderungen des Strafrechts resp. des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG) als erfüllt betrachtet.

- Der Nationalrat beschliesst mit 105 zu 83 Stimmen die Abschreibung des Vorstosses. Über die Abschreibung muss nun auch der Ständerat befinden.